

Grundsätze zur Veränderung der Schulanfangsphase der sechsjährigen Berliner Grundschule

- Position der Berliner Landesgruppe des Grundschulverbandes -

1. Vorschulische Bildung ist Aufgabe der Kita, schulische Bildung, d.h. Bildung ab Beginn der Schulpflicht, ist Aufgabe der Schule.
2. Der öffentlichen Vorschulerziehung sollte entsprechend ihrer hohen gesellschaftlichen Bedeutung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Entwicklung und Einrichtung eines pädagogisch hochwertigen staatlichen vorschulischen Bildungsprogramms für Kinder ab drei Jahren in der Kita ist unerlässlich; dieses Bildungsangebot muss im gesamtgesellschaftlichen Interesse ebenso wie das Bildungsangebot der Schule kostenfrei sein.
3. Schulpflichtig sollten alle Kinder sein, die zu Beginn des Schuljahres oder bis zum darauf folgenden 31. Dezember das sechste Lebensjahr vollendet haben. Auf Antrag der Eltern sollten Kinder auch dann schulpflichtig werden können, wenn sie ihr 6. Lebensjahr bis zum 30. April des folgenden Jahres vollendet haben.
4. Die Einrichtung pädagogisch begründeter zusätzlicher Einschulungstermine sollte den Grundschulen im Rahmen ihrer Schulentwicklung ermöglicht werden.
5. Die Schulanfangsphase sollte als in der Regel zweijährige Eingangsstufe der Grundschule angelegt sein.
6. Das pädagogische Grundprinzip der Schulanfangsphase sollte in der Akzeptanz der Heterogenität der Lerngruppe bestehen, d.h. in der individuellen Förderung der Gesamtentwicklung aller Kinder in Gemeinsamkeit, einschließlich der Kinder mit Behinderungen.
7. Die Schulanfangsphase der Grundschule muss entsprechend der ihr zukommenden Bedeutung eine bessere sächliche und personelle Ausstattung erhalten. Gruppengrößen mit mehr als 20 Kindern sind in der Schulanfangsphase pädagogisch nicht zu verantworten. Der erforderliche Nachteilsausgleich für einzelne Kinder und für Schulen in sozialen Brennpunkten ist zu gewährleisten.
8. Die Eingangsstufe der Grundschule sollte möglichst jahrgangsübergreifend organisiert werden, die Entscheidung hierüber jedoch der einzelnen Schule im Rahmen ihrer Schulentwicklung obliegen.
9. Für die Mehrzahl der Kinder ist eine zweijährige Verweildauer in der Schulanfangsphase vorzusehen. Kindern mit Verzögerungen in

ihrer Gesamtentwicklung sollten ein zusätzliches Jahr in der Eingangsstufe sein können, ohne dass dies auf die Dauer der Schulpflicht angerechnet wird. In Ausnahmefällen können Kinder, die in ihrer Gesamtentwicklung sehr weit sind, die Eingangsstufe schon nach einem Jahr verlassen.

10. Verkürzung und Verlängerung der individuellen Verweildauer in der Eingangsstufe sollten jedoch nur dann erfolgen, wenn Eltern und Schule dies für die Gesamtentwicklung eines Kindes förderlich scheint - also nicht wegen einzelner Leistungsvorsprünge oder -defizite!
11. Auch über die Schulanfangsphase hinaus bleibt der konstruktive Umgang mit der Heterogenität der Lerngruppe bestimmendes Merkmal der Grundschulpädagogik.
12. Zur Professionalität der in der Grundschule tätigen Pädagoginnen und Pädagogen gehört das zieldifferente Unterrichten; Aus- und Fortbildung sind daraufhin zu organisieren.
13. Da in der Schuleingangsphase der Unterricht wegen der Verschiedenheit der Kinder nur im Sinne "individueller Förderung im gemeinsamen Lernen" erfolgen kann, ist auf den herkömmlichen gleichschrittigen "Lehrgangunterricht" zu verzichten. Notwendig ist statt dessen die individuelle Förderung entsprechend jeweils erreichter Kompetenzstufen.
14. Die ersten Schuljahre der Grundschule haben für die Gesamtentwicklung der Kinder eine besonders hohe Bedeutung. Es ist unerlässlich, dass in der künftigen Schulanfangsphase qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen tätig sind. Bei einem Einsatz von Vorklassenleiter/innen in der Schulanfangsphase sind diese für die Arbeit in den Klassen 1 und 2 zusätzlich zu qualifizieren.

Berlin, den 25. Oktober 2001

Für den Vorstand der Berliner Landesgruppe des Grundschulverbandes

Ingrid Kornmesser Peter Heyer
/(Vorsitzende)/ /(Vorsitzender)/